

Bericht
des Landes Schleswig-Holstein

zur Verkehrsministerkonferenz (VMK)
am 27./28. April 2017 in Hamburg

TOP 8 Zukunft der Traditionsschifffahrt

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat im August 2016 einen Entwurf für eine neue Sicherheits-Verordnung für Traditionsschiffe vorgelegt. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, die Sicherheitsvorschriften für Traditionsschiffe anzupassen und auch maßvoll zu verschärfen.

So enthält die genannte Verordnung gute Ansätze. Allerdings sind einige Vorschriften schwer handhabbar und gehen zum Teil auch über die erforderlichen Regelungen hinaus

Einige Regelungen übertragen ersichtlich Regelungen der Berufsschifffahrt auf die Traditionsschifffahrt. Diese Übertragung verkennt den besonderen Bordbetrieb, wie er auf Traditionsschiffen - schon allein, um den Begriff des Traditionsschiffes zu erfüllen - üblich ist.

Vor dem Hintergrund, das viele Traditionsschiffs-Betreiber sich nicht in der Lage sehen, die in der Änderungsverordnung aufgeführten Vorgaben in zeitlicher Hinsicht sofort umzusetzen, müssen deutlich längere Übergangsregelungen (ggf. mit unterschiedlichen Laufzeiten) geschaffen werden.

Bisher wurde den betroffenen Betreibervereinen nur Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben. Sinnvoller ist es, die vorgeschlagenen Regelungen im Einzelnen mit den Verbänden der Traditionsschifffahrt zu besprechen um hier Handlungsspielräume auszuloten.

Bei einer Umsetzung der jetzt vorliegenden Verordnung droht der Verlust eines großen Teiles der Traditionsschiffsflotte.

Der Bundesrat hat das Bundesverkehrsministerium im Februar 2017 einstimmig aufgefordert, mit den Dachverbänden der Traditionsschifffahrt wieder ins Gespräch zu kommen. Die norddeutschen Küstenländer haben Bundesverkehrsminister Dobrindt gemeinsam schriftlich im März 2017 aufgefordert (s. Anlage), wieder in das Gespräch mit den Verbänden einzutreten.

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat nunmehr auf der 10. NMK nach öffentlichen Demonstrationen von Betreibern von Traditionsschiffen zugesagt, ernsthaft in die Diskussion über einzelne Vorschriften einzutreten und diese ggf. auch abzuändern.